

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/211

Bonn, den 4. November 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

Was not tut

52

Die SPD und die Bonner Regierungskrise

2

Mitteldeutscher Alltag

39

Die SED und das Reformationsfest 1967

3-4

"Dictature à la romaine"?

96

De Gaulle und die Wahlen im Frühjahr 1967

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

5-6

Unsere Schulen im Ausland (III und Schluss)

92

Vorzüge und Mängel

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

+ + +

Was not tut

Die SPD und die Bonner Regierungskrise

sp - Die bisherige von der Regierung Erhard geführte Politik ist gescheitert und alle Versuche, auf ihren brüchigen Grundlagen weiter zu wursteln, vermehren das Übel. Die Unionsparteien verfügen über keine geschlossene Konzeption, sie sind auch infolge ihrer inneren Zerrissenheit derzeit kaum fähig, eine solche zu entwickeln. Auf lebenswichtigen und bedrückenden Fragen finden sie keine oder einander widersprechende Antworten. Alles Heil erwarten sie vom Abgang Erhards als Bundeskanzler, als ob dieser Mann allein verantwortlich wäre für den desolaten Zustand, in dem sich unser Staat befindet. In Wahrheit geht es um die Liquidation einer insgesamt gescheiterten Politik, für die die bisherigen Koalitionsparteien die Verantwortung tragen.

Diese nüchterne Feststellung traf dieser Tage der Vorstand der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, und er sprach damit eine schmerzliche Erkenntnis aus, die auch ausserhalb der SPD geteilt wird. Wer die Grundlagen für eine stabile politische Zukunft schaffen will, darf nicht übersehen, so fügte der Vorstand hinzu, dass jede Bundesregierung vor folgenden Aufgaben steht:

1. Die Bundesregierung muss, um unserer äusseren Stabilität und Sicherheit willen, das Verhältnis zu Washington und Paris wieder in Ordnung bringen.
2. Um der Stabilität des Bündnisses willen und als Beitrag zur Entspannung muss sie den Ehrgeiz auf atomaren Mitbesitz aufgeben.
3. Sie muss aktiv für die Normalisierung unseres Verhältnisses mit ihnen eintreten.
4. Sie muss Klarheit schaffen über unseren eigenen Handlungsspielraum gegenüber den Ostberliner Machthabern; sie muss diesen Handlungsspielraum ausfüllen.
5. Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist durch die politischen Versäumnisse der bisherigen Regierung in die Gefahr der Stagnation und des Rückschlags geraten. Durch sofort einzuleitende Massnahmen muss der deutschen Wirtschaft die Möglichkeit geschaffen werden, in einen neuen Aufschwung einzutreten, damit in Zukunft Stabilität und Wachstum gleichermaßen gesichert sind.
6. Die Ordnung der Staatsfinanzen ist hierzu unabdingbare Voraussetzung. Die neue Bundesregierung muss die Haushaltskatastrophe für 1967 abwenden; sie darf dabei die bisherige Augenauswischerei nicht fortsetzen, die für das Jahr 1968 das Defizit noch verdoppeln würde.
7. Bund, Länder und Gemeinden sind die gleich notwendigen tragenden Säulen unseres Staates; die finanzielle Neuordnung muss allen Dreien gleichberechtigt die Voraussetzung für die Lösung ihrer jeweiligen Aufgaben verschaffen. Die Bundesregierung muss für eine allgemeine Rangordnung sorgen, die sich an den wirtschafts- und sozialpolitischen Notwendigkeiten orientiert.
8. Wirtschaftliches Wachstum, finanzielle Ordnung und soziale Stabilität sind die innenpolitischen Grundlagen für den Fortschritt unserer Gesellschaft und für eine kontinuierliche Politik nach innen und aussen.

Niemand kommt um den Wahrheitsgehalt dieser Feststellungen herum, wer ihn negiert, verkennt das Gebot der Stunde. Erst die Verwirklichung der in diesen acht Punkten genannten Aufgaben wird die Gewähr für eine gesicherte und stabile Zukunft sein.

Mitteldeutscher Alltag

Die SED und das Reformationsfest 1967

OS - Für die im Jahre 1967 stattfindenden Feiern zum 450. Jubiläum der Reformation ist ein Komitee gebildet worden, das sich aus Vertretern des Staates und der Kirche zusammensetzt. Die Verantwortung für den Inhalt der kirchlichen Feiern tragen die kirchlichen, und für die weltlichen Feiern sind staatliche, bzw. gesellschaftliche Vertreter des Komitees zuständig.

Die Arbeitsteilung setzt voraus, daß im Komitee kollegial und gleichberechtigt zusammengearbeitet wird. Mit dieser Lösung hat sich die SED-Führung nicht außerhalb umfassender und inhaltlich bedeutsamer Veranstaltungen gestellt; sie wird überall dort in der Öffentlichkeit sichtbar in Erscheinung treten, wo die Veranstaltungen im nichtkirchlichen Raum dies ermöglichen. Der enge Kontakt, der sich durch die gemeinsam erarbeiteten Programme zwischen Staat, Kirche und Verbänden ergibt, erlaubt der SED-Führung, auch im kirchlichen Bereich Einfluß zu nehmen.

Es mag paradox erscheinen, daß die atheistische SED weit in den geistlichen Bereich der Reformation hineinreicht, und den Wunsch hat, mit "dabei" zu sein, wenn kirchliche Feste gefeiert werden. Natürlich wird die SED weiterhin auf ihrem atheistischen Standpunkt verharren und wissenschaftlich einigottlose Welt zu beweisen suchen. Aber die SED sieht in der Reformation nicht nur die geistliche Bewegung zur Zerschlagung der römisch-katholischen Kircheneinheit, sie stellt die Reformation in einen historischen Gesamtprozeß, wo der Feudalismus und die ihn stützende Kirche, mit dem aufbegehrenden Pürgertum und der Bauernschaft in scharfen Konflikt geriet, wo neue soziale Schichtungen sich Geltung verschafften. Jene Zeitbewegungen, wie der Humanismus, der vielfältigen Ausdruck in Wissenschaft, Kunst und der neugeborenen Theologie, eben dem Werk Luthers, fand, gehören nach Auffassung der SED geistige und materielle Einheit zusammen. Aus dieser Sicht leitet die SED-Führung das Recht her, maßgebend die Feiern und Interpretationen zur Reformation mit zu bestimmen.

Neben den staatlichen und kirchlichen Feiern, wird eine große Anzahl von wissenschaftlichen Arbeitskreisen spezielle Themen zu erarbeiten haben.

Das "Neue Deutschland" vom 30. Oktober macht in einem längeren Artikel richtungweisende Ausführungen für das kommende Ereignis.

"Dictature à la romaine" ?

De Gaulle und die Wahlen im Frühjahr 1967

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Im Ausland beachtet man fast ausschließlich die außenpolitischen Thesen de Gaulles: Europa, Asien, Atlantikpakt, Ostpolitik. Die letzte Pressekonferenz hatte jedoch hauptsächlich innenpolitische Motive. Viele Franzosen betrachten die kommende Neuwahl der Nationalversammlung als "dritten Wahlgang" nach den beiden Präsidentenwahlen im Dezember, in welchen de Gaulle zuerst nur 45 Prozent und dann 14 Tage später 55 Prozent der Wählerstimmen erhielt. Der "dritte Wahlgang" im kommenden Frühling könnte dem Gaullismus zahlenmäßig noch größere Schläppen bringen, umso mehr als diesmal nicht über de Gaulles Person abgestimmt wird, sondern über politische Parteien. Die gaullistische UNR ist bekanntlich weitaus weniger populär, als ihr Chef.

De Gaulle scheint jedoch entschlossen zu sein, auch im Falle einer Wahlniederlage im März 1967 weiter zu regieren. Eotfalle mit Ausnahmegeetzen - das ist die Quintessenz seiner letzten Pressekonferenz! Im Ausland hat man diesen entscheidenden Punkt seiner Darlegungen wenig vermerkt, weil man entweder mit eigenen innenpolitischen Problemen beschäftigt ist oder weil die Nachrichtenagenturen vor allem über die außenpolitischen Thesen des Präsidenten berichteten.

Und willst Du nicht mein Wähler sein...

De Gaulle malte zunächst wieder das Gespenst chaotischer Zustände an die Wand. Frankreich stehe vor der Entscheidung, entweder "seinen Marsch nach vorwärts in normaler Weise fortzusetzen oder in die früheren Krisen zurückzufallen". Seit 1958 habe sich ein "großer nationaler Strom" durchgesetzt, dennoch sei es jetzt "nicht sicher", ob die Franzosen aus dieser Entwicklung tatsächlich alle entsprechenden "Lehren" gezogen hätten. Frankreichs Entwicklung in gaullistischem Sinn erfolge "nicht immer sehr schnell", man müsse jedoch hoffen, daß auch die bisher Abseitsstehenden für die gute Sache gewonnen werden könnten, erklärte der General-Präsident vor den Pressevertretern.

Mit folgenden Worten schilderte der Staatspräsident die französischen Wahlchancen:

- * "Wenn die nächsten Parlamentswahlen jedoch trotz allem die
- * Parteien (gemeint sind die antigaullistischen Parteien, die
- * UNR betrachtet sich nicht als Partei) zahlenmäßig in die Lage
- * versetzen, in Parlament ihre s t e r i l e n S p i e l e
- * l e r e i e n wieder zu beginnen, den Staat wieder in eine
- * c h r o n i s c h e K r i s e zu stürzen und zu einer
- * O h n m a c h t zu verurteilen, zu der sie es schon seinerzeit
- * verdammt haben, dann kann man die Gefahren, welchen die
- * Nation neuerdings ausgesetzt wäre, leicht vorhersehen. Man
- * kann sich tatsächlich vorstellen, daß die vier oder fünf Frak-
- * tionen, die unserem Regime gegenüber in Opposition stehen und
- * zugleich auch gegeneinander eingestellt sind, theoretisch die
- * Möglichkeit haben, in der Nationalversammlung die Mehrheit
- * von Abgeordneten wählen zu lassen, die sich der 5. Republik
- * gegenüber ablehnend verhalten; man kann sich vorstellen, daß
- * diese negative Mehrheit instande wäre, einer Regierung nach

- * der anderen das "X i s t r a u e n" auszusprechen und so
- * den Staat lähmzulegen..." (Sperrungen von uns).

Die Franzosen werden öcher im kommenden Frühling laut de Gaulle eine "möglichst einfache und klare Wahl zu treffen haben": entweder für die Kandidaten der 5. Republik oder für "die anderen". In letzterem Fall laufe Frankreich Gefahr, in die "Wirren" des früheren "Partei-systems" zurückzufallen. De Gaulle fügte warnend hinzu: "Ich spreche als S t a a t s c h e f aufgrund meiner Verfassungsmäßigen Befugnisse."

De Gaulles Minister Sanguinetti kommentierte diese Erklärung mit noch deutlicheren Worten:

- * "Wenn wir infolge des Spiels der verschiedenen Oppositionen ein
- * Parlament bekommen, das nicht zu regieren ist, wäre die Auflösung (der Nationalversammlung) der letzte Ausweg. Wenn das Land
- * e i g e n s i n n i g e r w e i s e Kinderheiten wählt, die
- * sich miteinander nicht verständigen können, befinden wir uns in,
- * einer r e v o l u t i o n ä r e n Situation. Der Gaullismus
- * bietet dem Land einen l e t z t e n liberalen Versuch".

Deutlicher kann man es nicht sagen. Der Gaullismus fühlt sich zur politischen Führung Frankreichs "berufen"; er will unter allen Umständen an der Macht bleiben.

Parlamentsauflösung oder Diktaturparagraph ?

Politische Beobachter sehen zwei Möglichkeiten, mit welchen General de Gaulle einem "unliebsamen" Wahlergebnis begegnen könnte:

Erstens: Die Anwendung des Artikels 12; Auflösung der Nationalversammlung und Ausschreibung von Neuwahlen in einem Zeitraum von 20 bis 40 Tagen. Da die Franzosen in einem derartigen Fall wahrscheinlich erst recht nicht gaullistisch wählen würden, sondern ihre oppositionelle Haltung eher verstärken könnten, wird der General-Präsident zu diesem Mittel kaum greifen, umso mehr als diese Methode nur einmal praktiziert werden könnte, denn eine nochmalige Auflösung eines neuerlich "schlecht gewählten" Parlaments ist laut Verfassung unzulässig.

Zweitens: Anwendung des Ausnahmeartikel 16, laut welchem der Staatspräsident unbeschränkte Vollmachten hat, "wenn die Einrichtungen der Republik, die Unabhängigkeit der Nation, die Integrität, die Integrität des Territoriums oder die Erfüllung internationaler Verpflichtungen unmittelbar und schwer bedroht sind und das reguläre Funktionieren der verfassungsmäßigen öffentlichen Einrichtungen unterbrochen ist". Dieser Paragraph wurde bereits nach dem Offiziersputsch im April 1961 angewendet und blieb vier Monate in Kraft. In diesem Fall dürfte jedoch laut Verfassung die Nationalversammlung nicht aufgelöst werden, im Gegenteil, sie muß während des Ausnahmezustandes zusammentreten und tagen.

Erwägt de Gaulle tatsächlich diesen Ausnahmezustand, falls es im kommenden Frühjahr keine regierungsfähige gaullistische Mehrheit geben sollte? - Das scheint jedenfalls der Sinn seines "Winks" mit dem verfassungsrechtlichen Zaunpfahl zu sein. "Le Monde" spricht in diesem Zusammenhang von der Aussicht auf eine "dictature à la romaine". Frankreich steht offensichtlich vor neuen Prüfungen.

Unsere Schulen im Ausland (III und Schluß)

Vorzüge und Mängel

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Mit einer jährlich ansteigenden Kosten- und Investitionsrate von zehn bis zwölf Prozent Baukosten, die im Jahresmittel zwischen 12 und 15 Millionen liegen, Personal, Reise und Umzugskosten für augenblicklich rund 1.250 entsandte Lehrkräfte und einem Etat der 1967 bei etwa 80 Millionen DM liegen wird, sind unsere Auslandsschulen bei weitem das kostspieligste Instrument deutscher Kulturarbeit im Ausland im Allgemeinen und deutscher Sprachvermittlung im Besonderen.

Ob sie entsprechend den hohen Kosten auch das effektivste sind, ist eine Frage, die die Bundesregierung zu durchleuchten sich noch nicht die Mühe gemacht hat. Im Gegensatz zum Goetheinstitut, dem DAAD, Internationales und anderen Organisationen gibt es im Auslandsschulwesen noch nicht einmal Ansätze zu einer an seiner Aufgabe orientierten Wirtschaftlichkeitsprüfung. Auch institutionell kommt man nicht um die Feststellung herum, daß es die deutsche Außenpolitik - ungleich Amerikanern und Franzosen - versäumt hat, Kulturabkommen mit anderen Ländern zum Ansatzpunkt der Integrierung des Deutschunterrichts im Gastland zu machen oder den repräsentativen deutschen Begegnungsschulen einen rechtlich gesicherten und anerkannten kulturpolitischen Status zu verschaffen.

Baldige Klärung nötig

Eine baldige Klärung von Motiv und Leistungsfähigkeit unseres Auslandsschulwesens scheint auch wegen der hohen Bauinvestitionen nötig, die im Bericht der Bundesregierung zu diesem Thema vom Juni 1965 mit rund 100 Millionen für insgesamt fünf Jahre beziffert sind. Dabei spielen die sogenannten Experten- und Botschaftsschulen die abschließlich der Unterrichtung deutscher Kinder dienen für die Kostenfrage eine besondere Rolle. Der CDU Abgeordnete Huys hat im Juni dieses Jahres bei der Begründung der großen Anfrage der CDU, CSU und FDP zur Auslandsschulpolitik mit Recht darauf hingewiesen, daß zum Beispiel der Aufwand aus Steuermitteln des Bundes pro Schüler an der deutschen Schule in Brüssel im Jahr 2.956 DM betrage, für einen deutschen Schüler an der Europaschule in Brüssel jedoch nur 374 DM.

Der Bericht der Bundesregierung vom Juni 1965 nimmt in diesem Punkt ebenfalls kein Blatt vor den Mund. Dort kann man nachlesen, daß die jährlichen Kosten pro Schüler bei den Experten- und Botschaftsschulen zwischen 3.000 und 2.500 DM liegen, bei einem Kostenanteil des Bundes von rund 90 Prozent, während bei den übrigen Schulen im Jahr für einen Schüler nur 550 DM aufgewendet werden müssen bei einem Kostenanteil des Bundes von knapp 50 Prozent.

In dem Bericht heißt es dann wörtlich:

- * "Hingegen sind diejenigen Schulen, deren Hauptzweck darin besteht, den Kindern von vorübergehend im Ausland tätigen Deutschen den Wiederanschluß an den innerdeutschen Bildungsweg zu sichern, mit Abstand die teuersten Auslandsschulen und Bildungs-

- * unabhängig davon, ob sie in einem hochzivilisierten oder Ent-
- * wicklungsland liegen. Als Faustregel kann man davon ausgehen,
- * daß eine Schule für das Auswärtige Amt umso teurer wird, je hö-
- * her der Prozentsatz von Schülern liegt, die die deutsche Staats-
- * angehörigkeit besitzen und umso billiger, je mehr sie von
- * Schülern besucht wird, die, unbeschadet ihrer sprachlichen Zuge-
- * hörigkeit, die Staatsangehörigkeit des Gastlandes aufweisen.
- * Die nur vorübergehend im Ausland ansässigen deutschen Staatsan-
- * gehörigen erblicken in der deutschen Schule häufig eine Art von
- * Versorgungseinrichtung, zu deren Unterhalt der deutsche Staat
- * mehr oder weniger verpflichtet ist!.

Soweit zum Thema der Expertenschulen, die unbeschadet ihrer Notwendigkeit in vielen Fällen wegen ihres innerdeutschen Charakters und ihrer hohen Kosten im Haushalt des Auswärtigen Amtes in einem vom Schuletat getrennten Titel ausgewiesen werden müßten. Damit Exportwirtschaft, Diplomaten und Experten sehen, was aus Steuermitteln auf diesem Gebiet für sie geleistet wird. Freilich sollte die Bundesregierung sich auch überlegen, ob das Beispiel der Europaschulen sich nicht auch auf das außereuropäische Ausland übertragen ließe und dadurch für die sechs beteiligten Staaten nicht erhebliche Kosteneinsparungen erzielt werden könnten. Ein Machtwort des Haushaltsausschusses könnte viel dazu beitragen, die Renitenz, die das AA bisher solchen Vorschlägen gegenüber gezeigt hat, abzubauen.

Gewiß läßt sich der Wert einer Auslandsschule für unsere kulturpolitische Zielsetzung nicht immer und natürlich nicht allein von dem Verhältnis zwischen Aufwand und Wirkung, beziehungsweise der Kostenseite her beurteilen. Aber es zeigt sich doch, daß die weitgehendst im Schulsystem des Gastlandes integrierte Begegnungsschule - deren Besuch nicht nur eine vollkommene Beherrschung unserer Sprache, sondern auch eine Begegnung mit unserer kulturellen Persönlichkeit garantiert -, in der Regel für den Bund billig und vom kulturpolitischen Standpunkt aus äußerst effektiv ist.

Ein generelles Rezept gibt es nicht

Generelle Rezepte für eine sinnvolle Ausrichtung unseres auf wirkungsvolle Sprachvermittlung zielenden Auslandsschulwesens lassen sich vor einer gründlichen wissenschaftlichen Durchleuchtung schwer ausstellen, aber es ist klar erkenntlich, daß in vielen Ländern ein vernünftiges Bezugssystem zwischen Auslandsschule, Goetheinstitut, Deutsch-Departements an den Universitäten, Gewerbe und Fachschule mit begleitendem deutschen Sprachunterricht und dem dringend erweiterungsbedürftigen Deutschunterricht an den höheren Schulen des Gastlandes erforderlich ist.

Ein leider allzuoft durch unsere innerdeutschen Verhältnisse bedingter Mangel an organischem Zusammenwirken kostet nicht nur zu viel Geld, sondern schwächt auch die politisch erwünschte Erhaltung des Deutschen als internationale Verkehrssprache beschränkter Umfangs. Dieses Ziel kann aber angesichts beschränkter Mittel nur durch eine vorurteilslose Anwendung des jeweils wirkungsvollsten und nachhaltigsten Instrument erreicht werden, das häufig, aber durchaus nicht immer eine Auslandsschule ist.